

Dringliche Anfrage

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 20.10.2009

Systemwechsel aufgrund der Ablehnung durch die Junge Union - Welche Zukunft hat die Förderung der politischen Jugendverbände in Niedersachsen?

Seit vielen Jahren fördert das Land Niedersachsen die politische Bildungsarbeit der Jugendverbände von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen sowie der parteiunabhängigen Jugendorganisation Junge Linke als Nachfolgerin der JungdemokratInnen/Junge Linke (JD/JL). In der Antwort auf die Mündliche Anfrage Nr. 10 in der 19. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 9. Oktober 2008 teilt die Landesregierung dazu mit, dass die Mittel „in Abstimmung mit den Partei- bzw. Fraktionsvorsitzenden“ zur Verfügung gestellt werden. Seit 1995 erfolge diese Förderung „auf der Grundlage eines bisherigen fraktionsübergreifenden politischen Konsenses“ über die Vereinigung Politischer Jugend (VPJ), der die oben genannten Verbände angehören. Bis zum Jahr 2003 wurden Haushaltsmittel in Höhe von 200 000 Euro pro Jahr bereitgestellt. Seit 2004 sind es jährlich 180 000 Euro, die die VPJ-Mitgliedsverbände nach einem eigenen Schlüssel untereinander aufteilen.

Seit vielen Jahren bemüht sich der Jugendverband der Linken, die Linksjugend [‘solid], um eine Aufnahme in die VPJ. Aufgrund des in der VPJ-Satzung festgelegten Einstimmigkeitsprinzips scheiterte die Aufnahme jedoch am Veto der Jungen Union (JU). Die Ausgrenzung verwundert vor allem deshalb, weil die Jugendverbände der fünf großen Parteien in den vergangenen Jahren in Niedersachsen häufig miteinander kooperiert haben. So rief man am 14. September 2002 unter der Schirmherrschaft des damaligen Landtagspräsidenten Rolf Wernstedt alle jungen Menschen dazu auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. In einer dpa-Meldung vom selben Tag heißt es: „JU-Chef Kristian Tangermann erklärte, CDU-Landeschef Christian Wulff habe einer gemeinsamen Resolution mit der PDS-Jugendorganisation zugestimmt.“ Am 2. Dezember 2002 veranstalteten Jusos, Junge Union, Junge Liberale, Grüne Jugend sowie der heutige Linke-Jugendverband [‘solid] gemeinsam mit dem Europäischen Informations-Zentrum Niedersachsen (EIZ) in Hannover den Niedersächsischen Jugendkonvent, bei dem über 100 Schülerinnen und Schüler den Europäischen Verfassungskonvent simulierten. Auch 2005 gab es einen gemeinsamen Wahlauftritt.

Nach Auffassung von Rechtswissenschaftlern und Juristen widerspricht der Ausschluss des Linke-Jugendverbandes von öffentlichen Mitteln durch das Veto einer Konkurrenzorganisation dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Chancengleichheit politischer Parteien. Die Landesregierung wies in ihrer o. g. Antwort darauf hin, dass mit dem Recht der VPJ-Mitglieder, eigenständig über die Neuaufnahme von Verbänden zu entscheiden, „grundsätzlich weder ein Rechtsanspruch der in der VPJ zugehörigen Organisationen auf eine Förderung noch ein Ausschluss einer Förderung etwaiger anderer Jugendverbände verbunden“ sei.

Ungeachtet dieser Aussage wurde der erstmalige Förderantrag der Linksjugend [‘solid] vom Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie mit Datum vom 25. September 2009 abgelehnt, da „ausschließlich die Mitgliedsverbände der Vereinigung Politischer Jugend (VPJ) gefördert“ würden. Ferner wurde aus dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit bekannt, dass die Förderung der politischen Jugendbildung ab 2010 auf eine neue Grundlage gestellt werden soll. Die bisherige Förderung über die VPJ würde damit der Vergangenheit angehören.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen und mit welchen rechtlichen und finanziellen Konsequenzen für die einzelnen Jugendverbände der im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien soll die Förderung der politischen Jugendbildung auf eine neue Grundlage gestellt werden?
2. Weshalb hat die Landesregierung nicht auf eine Lösung wie z. B. in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg hingewirkt, wo die Aufnahme des Linke-Jugendverbandes in den jeweiligen Ring der Politischen Jugend und damit in die öffentliche Förderung im Einvernehmen oder mit Zustimmung der CDU bzw. Jungen Union erfolgte und somit nicht extra ein neues Fördersystem eingerichtet werden musste?
3. Weshalb hat die Landesregierung dem Niedersächsischen Landtag in der 19. Sitzung am 9. Oktober 2008 mitgeteilt, dass mit der Förderung über die VPJ kein „Ausschluss einer Förderung etwaiger anderer Jugendverbände verbunden“ sei, während genau dies aus dem Ablehnungsbescheid an die Linksjugend [‘solid] hervorgeht?

Christa Reichwaldt
Parlamentarische Geschäftsführerin